

Iris Gleicke

- (A) anderen kinder- und jugendpolitischen Bereichen Einsparungen vornehmen würden.

(Wolfgang Gehrke [PDS]: Das ist aber eine eigenartige Argumentation!)

Das haben wir auch auf dem Kindertag des Kinderhilfswerks in Berlin – die Ministerin war ja da – mit den hiesigen Trägern sehr intensiv diskutiert.

Wir verfolgen ein anderes Ziel.

(Roland Claus [PDS]: Das stimmt leider!)

Wir wollen nicht nur durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, sondern auch durch eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur die Grundlage dafür schaffen, daß Kinder und Familien unabhängig von der Sozialhilfe werden.

Präsident Wolfgang Thierse: Kollegin Gleicke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schenk?

Iris Gleicke (SPD): Nein, ich möchte heute gerne im Zusammenhang vortragen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sehr gut!)

Der Zehnte Kinder- und Jugendbericht dehnt den Armutsbegriff ausdrücklich auch auf die Lebenslagen und die Umwelt der Kinder aus. Dazu gehören der Zugang zu Betreuungseinrichtungen, die Erreichbarkeit von Schulen, die Spiel- und Freizeitmöglichkeiten zu Hause, in der Nachbarschaft und in der näheren Umgebung. Dort, wo das Wohnen unattraktiv ist, beispielsweise wegen der hohen Umweltbelastung in den Innenstädten, gibt es soziale Brennpunkte bzw. entstehen neue, wenn man nichts unternimmt. Mit unserem **Programm „Die soziale Stadt“** machen wir die Städte auch für Kinder und Jugendliche attraktiver. Wir fördern den sozialen Wohnungsbau und arbeiten an einer gesamtdeutschen Wohngeldnovelle.

- (B) Kinder sind eine Bereicherung, nicht nur für ihre Eltern, sondern für die ganze Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist auch die gesamte Gesellschaft für sie verantwortlich. Das sage ich in aller Deutlichkeit an die Adresse all derer, die von Selbstverantwortung reden und etwas ganz anderes meinen. Auch wir wollen mehr Selbstverantwortung. Wir wollen aber keine Ellenbogengesellschaft, in der jeder gnadenlos seine eigenen Interessen verfolgt. Gemeinwohl ist mehr als die Summe von Einzelinteressen. Familien brauchen die Solidarität der gesamten Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Der Zehnte Kinder- und Jugendbericht sagt auch, daß es zu den Aufgaben des Staates gehört, einen angemessenen und bedarfsgerechten Ausgleich zwischen denen, die Kinder haben, und denen, die keine Kinder haben, herzustellen. Es kann und darf doch nicht so sein, daß ein Leben ohne Kinder Wohlstand bedeutet und ein Leben mit Kindern Verzicht und Entsaugung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Familien brauchen Unterstützung sowie gesicherte, überschaubare und gerechte Rahmenbedingungen. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung eingefordert. Diese Entscheidung war gleichzeitig eine nachträgliche Ohrfeige für die christliberale Koalition. (C)

(Ina Lenke [F.D.P.]: Die Anhörung für Sie war auch nicht besser!)

Wir haben das **Familienförderungsgesetz** und eine Neuregelung des **Familienleistungsausgleichs** auf den Weg gebracht. Ab dem Jahr 2000 gilt ein Betreuungsfreibetrag in Höhe von über 3 000 DM für jedes Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahrs. Das Kindergeld wird noch einmal auf 270 DM im Monat für das erste und zweite Kind erhöht. Diese Politik verdient wirklich den Namen Kinder- und Familienpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Als Sie, meine Damen und Herren von der CDU/CSU und F.D.P., noch an der Regierung waren, haben Sie sich nicht darum gekümmert. Das ist schlimm genug.

Etwas anderes finde ich ganz einfach beschämend: Ich finde es unerträglich, wie Sie auf die Forderung nach Ächtung der Gewalt in der Familie reagiert haben. Sie haben damals behauptet, die Eltern würden durch entsprechende Gesetze in unverhältnismäßiger Weise kriminalisiert. Wir haben da andere Vorstellungen. Unser Leitbild ist das einer gewaltfreien Erziehung. Durch das Gesetz, das wir auf den Weg gebracht haben, sollen Kinder vor körperlicher Bestrafung, seelischen Verletzungen und anderen Entwürdigungen geschützt werden. Gleichzeitig wird ein Anspruch auf Beratung in einer Not- und Konfliktlage festgeschrieben. Unser Anliegen ist, die Eltern bei ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen. Dabei ist festzustellen, daß die Länder mehr von den Spielräumen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe Gebrauch machen könnten, die ihnen durch die Ausführungsgesetze eingeräumt werden. Die Landesjugendämter haben hier eine wichtige Funktion, weil sie die Tätigkeit der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe und die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe anzuregen und zu fördern haben. (D)

Der **Kinder- und Jugendplan** des Bundes fördert zusätzlich die Handlungsfelder, die Leistungen für Kinder und Jugendliche bieten. Die Bundesregierung hat die Mittel in diesem Haushalt deutlich – um 12 Millionen DM auf insgesamt 192 Millionen DM – erhöht. Wir werden für die Weiterentwicklung präventiver Konzepte und eine enge und verbindliche Kooperation und Vernetzung der Angebote sorgen, um frühzeitig, zielgenau und umfassend Kindern und Jugendlichen helfen und sie fördern zu können.

Die Chancengleichheit bleibt unser Ziel. Sie muß endlich hergestellt werden. Das verlangt von uns eine entschiedene Politik der sozialen Integration und der Förderung benachteiligter Gruppen.

Beim Übergang in den Beruf stoßen insbesondere Mädchen und junge Frauen nach wie vor auf große Hindernisse. Diese massive Benachteiligung im Erwerbsleben kann nicht länger hingenommen werden. Dafür